

Forum

Das Bundesverfassungsgericht hat die Beschwerde einer fünffachen Mutter nicht zur Entscheidung angenommen. Die Privilegierung gut verdienender Eltern durch das Elterngeld verletze nicht die Grundrechte derer, die aufgrund ihrer Erwerbsbiografie mit einem Trostpfeil abgespeist werden. Die abstrusen Verteilungswirkungen des Elterngeldes werden als Kollateralschäden angesehen, die der Gesetzgeber in Kauf nehmen dürfe, um seine Ziele zu verfolgen. Aber was sind diese Ziele?

Mit dem Elterngeld wird unverblümt eine schichtenspezifische Bevölkerungspolitik betrieben. Wer 2750 Euro netto pro Monat verdient, bevor er wegen Kinderbetreuung aussetzt, bekommt mehr als dreimal so viel wie derjenige, der vor der Unterbrechung der Erwerbstätigkeit monatlich nur 750 Euro netto nach Hause bringt. Über 14 Monate hinweg reicht die Spanne beim Elterngeld von 4200 Euro für das Kind von Geringverdienern bis hin zu 25 200 Euro für das Kind von Gutverdienenden. Aber bis heute vernimmt man kaum Entrüstung. Deutschland ist bereit, eine nach Einkommensschichten differenzierte Bevölkerungspolitik gutzuheißen, bei der man von Staats wegen unterscheidet, wessen Kinder man wertvoller und wessen Nachwuchs man weniger wertvoll findet.

Die Hoffnung, die Kinder von Gutverdienern würden später selbst zu solchen

Forum

Wenn das Kind der Managerin mehr wert ist

Beim Elterngeld werden sozial schwächere Bevölkerungsschichten bewusst benachteiligt.

Von Steffen Roth

und so auch gute Steuer- und Beitragszahler, ist eine mögliche Erklärung. Ähnliche Effekte greifen aber vielleicht sogar schon früher: Deutschlands Bildungspolitik liegt im Argen, insbesondere die soziale Durchlässigkeit ist beschämend gering. Bei gleicher Lese- und Mathematikkompetenz wechselten Akademikerkinder 2003 mit einer vierfach höheren Wahrscheinlichkeit als Facharbeiterkinder von der Grundschule auf ein Gymnasium. In den weiterführenden Schulen reproduziert sich das Schichtenproblem erst recht. Es klingt zynisch, könnte statistisch gesehen aber funktionieren: Wenn nur die Kinder der „erfolgreichen“ Eltern gut durch unser verkorktes Bildungssystem kommen, dann kann man versuchen, dafür zu sorgen, dass eben die „erfolgreichen“ Eltern ordentlich Kinder bekommen und die anderen es lassen.

Zum Glück funktioniert das eher nicht. Die meisten Paare entscheiden sich weiterhin nicht wegen des Elterngeldes für Kinder oder trotz des Elterngeldes dagegen. Es wäre in der Tat bedenklich gewesen, wenn sich junge Gutverdiener nur aufgrund der Subvention massenhaft ins Elterndasein gestürzt hätten. Soweit aber vor allem Eltern unterstützt werden, die sich zwar darüber freuen, aber auch ohnedies Kinder bekommen hätten, verpufft die Wirkung als so genannter Mitnahmeeffekt.

Nun kann eine politische Maßnahme von Politikern insgeheim gerade wegen der Mitnahmeeffekte gutgeheißen werden. Immerhin hat sich Frau von der Leyen mit dieser Subvention zahlreiche Eltern zu Freunden gemacht, die in den Genuss des Geldes kamen, ohne dafür ihre

Lebenspläne ändern zu müssen. Das wäre dann Klientelpolitik.

Viel fällt den Protagonisten zur offiziellen Verteidigung des Elterngeldes nicht mehr ein. Einige versuchen, mit vermeintlicher Wissenschaftlichkeit zu beeindruckender und verweisen auf „Opportunitätskosten“. So nennt der Ökonom die Kosten, die jemandem bei Wahl der besten Alternative dadurch entstehen, dass er die zweitbeste Alternative nicht auch noch haben kann. Tatsächlich verursacht die Geburt und Betreuung eines Kindes aufgrund des vorübergehenden Einkommensverzichts bei der gut verdienenden Managerin deutlich höhere Opportunitätskosten als bei der ungelerten Aushilfe. Jede Stunde Kinderbetreuung impliziert bei der Managerin den Verzicht auf ein vielfach höheres Arbeitsentgelt pro Stunde. Daraus resultiert aber kein sinnvolles Argument, der Managerin auch nur teilweise Lohnersatz anzubieten. Sie muss auch beim Hobbytöpfen höhere Opportunitätskosten tragen und doch beneidet jede Aushilfskraft die Managerin um diese Art von Problem.

Höhere Subventionen für die Kinder von reichen Leuten sind tatsächlich nur dann zweckmäßig, wenn diese der Gesellschaft wertvoller sind als die Kinder von Geringverdienern. Wären der Gesellschaft alle Kinder gleich wertvoll, würde man im Gegenteil wünschen, dass die Aushilfskraft mehr und die Managerin

weniger Kinder bekommt. Geringverdiener sind bei der Geburt und Betreuung von Kindern deutlich billiger. Oder anders herum: Arbeitgeber zahlen den Managerinnen nicht zufällig mehr Gehalt, sondern eben gerade, um sie von alternativen Beschäftigungen wegzulocken. So riet zum Beispiel im vergangenen Jahr eine britische Kommission rund um den für seine Forschungen zur Optimalsteuertheorie mit dem Nobelpreis ausgezeichneten James Mirrlees dazu, Männer höher zu besteuern, weil diese sowieso arbeiten gehen, der Besteuerung also kaum ausweichen. Für Frauen mit Kindern wurden hingegen zusätzliche monetäre Arbeitsanreize vorgeschlagen, da deren Opportunitätskosten des Arbeitens höher sind. Merke: Wenn egal ist, wer Kinder betreut, aber Managerinnen arbeiten gehen sollen, muss man die stärkeren Arbeitsanreize hoher Gehälter wirken lassen



Dr. Steffen J. Roth ist Geschäftsführer des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln. Foto: privat

Bayern, Deutschland, München Seite 20

sen oder gar zusätzliche Anreize bieten. Nur wenn ausgerechnet die Gutverdiener Kinder gebären sollen, verändert man die Anreize so, wie mit dem Elterngeld geschehen.

Auch eine emanzipatorische Umdeutung erfährt die Subvention. Bisher stelle es ein großes Einstellungs- und Beförderungshemmnis für junge Frauen dar, dass Arbeitgeber befürchten, die Kandidatin könnte schwanger werden und Elternzeit nehmen. Nun müssten Arbeitgeber auch bei männlichen Kandidaten zittern: aufgrund des Elterngeldes werde es wahrscheinlicher, dass der Mann Elternzeit beanspruche. Stünde ein solcher Gedanke tatsächlich im Vordergrund, würde man konsequenterweise die Abschaffung des Elterngeldes für Frauen und eine Konzentration der Subvention auf Männer empfehlen. Das wäre zwar extrem manipulativ, aber sicher deutlich billiger und doch zielführender.

Familienministerin Kristina Schröder verteidigt das Elterngeld bekanntermaßen „eisenhart“. Sie verweist auf Umfragen, denen zufolge es der überwiegende Wunsch der Eltern sei, das Kind im ersten Lebensjahr zu Hause zu betreuen. Wahrscheinlich wünschen sich die meisten Eltern auch ein schönes Haus mit Garten. Aber wohin führt es wohl, wenn sich bestimmte Gruppen Subventionen wünschen dürfen? Richtig, das ist Klientelpolitik.